

Von Brennholz, Kerzen und anderen Rezepten zur Bekämpfung der Strommangellage



Walter Locher
Präsident HEV
Kanton St.Gallen,
Kantonsrat

Der Chef der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom) schliesst nicht aus, dass der Strom im Winter zeitweise abgeschaltet werden muss. Der Absatz von Kerzen, Brennholz, Taschenlampen und Stromgeneratoren ist seither sprunghaft angestiegen. Und bereits erschallt der nächste Ruf nach staatlichen Hilfspaketen, damit manche Politiker der Wahrheit weiterhin nicht ins Auge schauen müssen.

Was wurden wir seitens des HEV Kanton St.Gallen vor einem Jahr gescholten, als wir uns gegen das nationale CO₂-Gesetz stellten. Dabei warnten wir lediglich davor, dass der Gesetzgeber einen viel zu radikalen Absenkungspfad einschlage, der zu völlig untragbaren Situationen führen werde, während das Thema der Energiebeschaffung völlig ausgeblendet bleibe. Vor exakt einem Jahr schrieb ich an dieser Stelle:

«Die Energiewende funktioniert weiterhin nach dem Prinzip Hoffnung. Wer spricht – mit Ausnahme verantwortungsvoller bürgerlicher Kreise – von konkreten Massnahmen zur Beseitigung von Strommangellagen? Wer beschränkt die Verbandsbeschwerderechte jener Umweltverbände, die zwar scheinheilig für eine Dekarbonisierung der Gesellschaft eintreten, dann aber gleichzeitig eine Erhöhung der Leistungen von Stauanlagen oder von Windkraftanlagen bekämpfen? Wer tritt gegen Bestrebungen auf, nur schon die Verlängerung der Laufdauer von Kernkraftwerken zu bekämpfen und lieber neue Gaskraftwerke mit Inkaufnahme des entsprechenden CO₂-Ausstosses zu forcieren? Ein unbequemes Nein zu solchen Bestrebungen ist auch hier erforderlich.»

Als Konsequenz der militärischen Auseinandersetzungen in Europa und der damit einhergehenden Verknappung von wichtigen Energieträgern sowie als Folge des parallel geführten Wirtschaftskrieges ist heute die Energiemangellage plötzlich in aller Munde. Aber was macht die Politik jetzt? Die für die Energiesicherheit zuständige Bundesrätin kommuniziert vor allem Spar-Vorschläge für Private und Unternehmungen sowie eine Pflicht für Solaranlagen auf Hausdächern. Die grünen und roten Verbotspolitiker belassen es dagegen einmal mehr vor allem beim Achselzucken der eigenen Nichtzuständigkeit und Vorwürfen an die bürgerlichen Politiker, die Entwicklung verschlafen zu haben. Sie tun also weiterhin das, was sie am besten können. Sie lenken von den eigenen Fehlrezepten ab und rufen nach Verboten und Staatsgeldern, statt eigenständiges und eigenverantwortliches Handeln einzufordern. Während der Mieterverband Mietzuschüsse verlangt, propagieren grüne Kreise ein Verbot von Elektroheizungen sowie den staatlich verordneten Verzicht auf Wäschetrockner etc. Selbstverständlich fehlt auch hier der Ruf nach staatlichen Hilfspaketen nicht. Das hat sich ja in der Pandemie bestens bewährt. Und das Geld anderer ist eh im Überfluss vorhanden.

Die Strategie zur Energiewende ist in eine maximale Schiefelage geraten. Der Absturz droht. Den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes wurde in den letzten Wochen bewusst, wie fragil und riskant nicht nur unsere Sicherheitslage, sondern auch die eingeschlagene Strategie in unserer Energiepolitik ist.

Seit der Pandemie ertönt der Ruf nach dem Staat immer öfter und schneller. Marktwirtschaftliche Mechanismen und das Prinzip der Eigenverantwortung sind erneut

kaum gefragt. Als nächstes wird wohl der Ruf nach stärkerer Besteuerung der Produzenten von Brennholz, Taschenlampen und Stromgeneratoren erschallen. Schliesslich führt die Furcht vor Stromausfällen ja zu höheren Preisen bei diesen Produkten und damit bei diesen Unternehmen zu höheren Gewinnen. «Übergewinne» zu enteignen ist doch nicht mehr als gerecht? Robert Habeck, die derzeit starke Figur in der deutschen Bundesregierung hat diese Gewinne Mitte August 2022 in einer Marketingoffensive als «völlig zufallsgetriebene Gewinne» bezeichnet, die es abzuschöpfen gelte. Sozialistische Ansätze nennt man das – einfach grün verpackt. Wie lange geht es, bis in der Schweiz die Forderung erhoben wird, Hauseigentümer sollten einen Teil ihrer «überlissenen» Mietzinsenerträge zur Linderung der Energiekosten mit den Mietern teilen?

Die Schweiz muss zur Absicherung ihres hohen Verbrauches mehr Strom produzieren und endlich den Mut haben, die Diskussion auf die unangenehmen Teile der Energiesicherheit zu verlagern. Ideologischen Diskussionen sind als solche zu entlarven und Technologieverbote aufzuheben. Das politische Anspruchdenken zur Bekämpfung der Energiemangellage führt nicht weiter. Wie können wir Schwankungen bei der Energieherstellung ausgleichen, puffern und vor allem Speicherlösungen nutzen, um die enormen Kapazitätsungleichgewichte zwischen den Tages-, Nacht- und Jahreszeiten auszugleichen? Für diese «Umverteilung» sind intelligente Rezepte gefragt, nicht für die Bekämpfung marktwirtschaftlicher Mechanismen.

Die Energiekrise darf nicht dazu führen, dass die Politik erneut zuerst nach dem Staat ruft, Verbote beschliesst und dann, wenn diese Mittel nicht mehr ausreichen, die Keule der Wohlstands- und Gewinnabschöpfung schwingt. Gerade wir Eigentümer müssen wachsam bleiben. Wehren wir uns, bringen wir uns in die Energiediskussion mit intelligenten Vorschlägen ein und erinnern wir uns bei den nächsten Wahlen daran, wer jetzt taugliche Mittel zur Bewältigung der Energiemangellage vorschlägt.

Wir bleiben am Ball.